

V-34 Solidarität mit den Kurd*innen in Afrin – Entkriminalisierung der kurdischen und türkischen Opposition in Deutschland!

Antragsteller*in: Felix Steins (Hamburg-Eimsbüttel KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 Seit den Gezi-Protesten beziehungsweise spätestens mit dem fulminanten Einzug der HDP in das
2 türkische Parlament hat das AKP-Regime massiv an demokratischer Legitimation verloren. Dass
3 sein Zenit an demokratischer Macht überschritten ist, hat Erdogan seitdem wesentlich damit
4 kompensiert, die Türkei als autoritären Führerstaat auf ihn und die AKP zuzuschneiden. Dies
5 wird begleitet von einer gewaltigen Propaganda- und Ideologieproduktion, die den politischen
6 Islamismus und neosmanische Großmachtträume mit den klassischen ideologischen Komponenten
7 autoritär-neoliberaler Regimes wie Klassismus, Elitarismus, Linkenfeindlichkeit und die
8 „Reinhaltung des Volkskörpers“ kombiniert. Die Kehrseite dieser faschistoiden Medaille ist
9 die vernichtungsideologisch motivierte Gleichschaltung politischer Gegner*innen und
10 Assimilation ethnischer Minderheiten.

11 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in Afrin ist, neben geostrategischen und ökonomischen
12 Interessen, deshalb wesentlich die Fortführung der türkischen Innenpolitik mit anderen
13 Mitteln. Die Kurd*innen – auch die in Syrien – sind das „ideale“ Feindbild des AKP-Regimes:
14 Gleichzeitig ethnische Minderheit und politische Opposition. Nicht nur innerhalb der Türkei
15 – der „demokratische Konföderalismus“, den linke kurdische Kräfte in Nordsyrien
16 initialisieren und der eine radikale politische wie wirtschaftliche Demokratie, soziale
17 Gleichheit, die Befreiung der Frau, gleichberechtigende kulturelle Pluralität, ökologische
18 Nachhaltigkeit und Frieden umfasst, ist ein radikaler Gegenentwurf zum AKP-Regime – und
19 straft die türkische Doktrin einer Wiederauflage des „Pax Ottomana“, nach der es Frieden in
20 der Vielvölkerregion nur unter türkischer Hegemonie geben könne, Lügen.

21 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-
22 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit einem Regime, das die Türkei
23 immer offensichtlicher Richtung Faschismus treibt, sind scheinbar wichtiger als die
24 Anerkennung der kurdischen Leistungen bei der Bekämpfung des Islamischen Staates(IS),
25 wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der Türkei und Nordsyrien, wichtiger als
26 Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten Region und wichtiger als das Völkerrecht.

27 Diese Friedens- und Demokratiefeindlichkeit drückt sich nicht nur durch Rüstungsexporte in
28 die Türkei, der unangebrachten diplomatischen Zurückhaltung angesichts dieser brutalen
29 Eskalation und die ökonomische und legitimatorische Subvention des AKP-Regimes im Rahmen des
30 „Flüchtlingsdeals“ aus. Insbesondere legen Bundes- und Landesregierungen und deren Behörden
31 absurde Doppelstandards an die Ableger der unterschiedlichen politischen Akteur*innen in
32 Deutschland an: So lässt die politisch angeblich neutrale Ditib ihre Imame für einen
33 erfolgreichen Angriffskrieg beten[1] und betreibt damit Propaganda für einen
34 Völkerrechtsbruch, gleichzeitig gibt es Staatsverträge mit genau diesem Verband[2].

35 Andererseits werden die kurdische Bewegung und linke türkische Oppositionsgruppen massiv
36 kriminalisiert. So wird zum Beispiel die „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine
37 e.V.“ (DIDF) vom Verfassungsschutz als „linksextrem“ eingestuft, denn diese „prangert vor
38 allem angebliche[!] Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“[3] an. Im Falle der kurdischen
39 Bewegung hat Deutschland bereits 1993 und in Folge dessen auch die EU 2002 die PKK als

40 Terrororganisation eingestuft. Kurdische Symboliken sind umfassenden Verboten ausgesetzt,
41 bereits das Zeigen von Fahnen kann zu Hausdurchsuchungen führen [4] – sogar die Symbole der
42 gegen den IS kämpfenden YPG/YPJ sind verboten. Fast gegen alle Möglichkeiten, sich im Sinne
43 einer kurdisch-linken Bewegung zu engagieren werden vom instrumentellen Terrorbegriff des
44 Verfassungsschutzes erfasst, indem diverse Vereine und Gruppen in die Nähe der PKK gerückt
45 werden[5].

46 Petition:

- 47 • Bündnis90/DieGRÜNEN verurteilen den Angriffskrieg in Afrin als völkerrechtswidrigen,
48 antidemokratischen Akt und brutale, teilweise gegen die Zivilbevölkerung gerichtete,
49 Eskalation.
- 50 • Bündnis90/DieGRÜNEN betrachten die Türkei, solange sie sich unter Erdogan zunehmend in
51 eine faschistoide oder zumindest autokratische Richtung entwickelt, nicht länger als
52 geeigneten außenpolitischen Verbündeten und hält einen Stopp von Waffenexporten und
53 militärischer Kooperation für unabdingbar.
- 54 • Vor diesem Hintergrund fordern Bündnis90/DieGRÜNEN eine umfassende Neubewertung der
55 Organisationen der kurdischen Bewegung und der türkischen Linken durch die deutsche
56 Regierung und deren Sicherheitsbehörden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Grenze
57 dessen, was aus zivilgesellschaftlicher Sicht legitimer Widerstand ist, unter dem
58 zunehmend autoritärer werdenden AKP-Regime immer weiter von der Legalitätsgrenze
59 entfernt verläuft.
- 60 • Auch Staatsverträge mit Organisationen, die in Deutschland systematisch
61 Völkerrechtsbrüche propagieren, müssen nach Meinung von Bündnis90/DieGRÜNEN einer
62 umfassenden Neubewertung unterzogen und gegebenenfalls ausgesetzt oder aufgekündigt
63 werden.

64
65 Quellen:

66 [1] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html>

67
68 [2]

69 <http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-mus-lim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.liveWorker2>

72 [3] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf>

74 [4] <https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html>

76 [5] <https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistan-pkk.pdf>, S.21

Begründung

Der Dringlichkeit:

Der Angriffskrieg in Afrin begann nach der regulären Antragsfrist und erfordert eine umfassende Neubewertung der türkisch-kurdischen Gesamtsituation.

weitere Antragsteller*innen

Carola von Paczensky (Hamburg-Altona KV); Paul Nellen (Hamburg-Mitte KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Frank Steiner (Hamburg-Altona KV); Dorothea Meuren (Neckar-Bergstraße KV); Detlef Kröger (Hamburg-Eimsbüttel KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Carola Blume-Kullmann (Ettlingen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Andreas Roll (Ludwigsburg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Marc Kersten (Köln KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Ali Demirhan (Herzogtum Lauenburg KV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Nabiha Ghanem (Soest KV); Hartmut Heilmann (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV)